



## Aleppo, Europa und Israel

*Putin, Merkel, Cameron und Netanjahu*

Da die Europäische Union standhält, rückt die außereuropäische Krisenregelung auf, so dass Menschen nahe ihrer Heimat bleiben können. Elf Milliarden Dollar erbrachten die Syrien-Geber am 4. Februar 2016 in London. Irak erhielt einen 0,5-Milliarden-Kredit aus Berlin, Ankara drei Milliarden Euro. In den Nordirak können laut Kanzlerin [Merkel](#) auch Gelder jener Syrientagung im Projekt "Cash for Work" fließen. Würde in Syrien Aleppo durch Genfer Feuerstopp und sichere Schutzzonen gerettet, wäre das sehr viel.

Der [Krieg](#) wirkt anders. Ein [Video](#) zeigt wohl russische Attacken in Aleppo. Putins Iran-Achse greift an (was auch [Berlin](#) mit dem [Iranpakt](#) bestärkte) wie Ankara gegen syrische Kurden nach dem Terror vom 17. Februar. UN-Gesandter Staffan de Mistura schob das am 25. Februar geplante Genfer Treffen auf. Die Waffenruhe sucht Außenminister Kerry: Kreml und Opposition halten sie hin.

*Russische Luftangriffe bei Aleppo 150216: Dazu Nachrichtentext in Manhattan*



Foto: W. G. Schwanitz

Migrantenkrise und Großbritannien in der Europäischen Union erörterte Kanzlerin Merkel in ihrer Berliner [Regierungserklärung](#) vor dem zweitägigen Brüsseler Gipfel. Sie wünscht London in der Union, bestätigt dessen Kritik wie die zu geringe Wettbewerbsfähigkeit, zu wenig Transparenz und Bürokratieabbau. In dem Licht fanden Freitag 28 Länder Mittelwege, auf denen Premier [Cameron](#) am 23. Juni ein Referendum abhalten, Merkel die EU-Türkei-Agenda Anfang März vertiefen und eine neue Aufspaltung verhindert werden kann.

Ob dies den EU-Appetit der Briten in Multikrisen steigert, steht dahin. Doch lief auf dem Europäischen Rat in Brüssel die Wende der Vernünftigen mit Angela Merkel als Motor im Eurogetriebe. Zwar erhielt London seinen Extrastatus gegenüber 19 Eurostaaten, der acht weiteren Ländern hilft. Doch gewinnt Europa nur, bleiben die Briten mit ihrer Militärfähigkeit. Die Eurozone wird flexibler, sichert Außengrenzen und geht geregelter Fluchtursachen an.

Dies rückte Merkel ins Zentrum: Trägt der europäisch-türkische Ansatz der EU-Türkei-Agenda vom 29. November gegen Fluchtursachen zum Schutz der Außengrenzen so weit, dass es sich lohnt, ihn weiter zu verfolgen, da so die illegale Migration eingedämmt werden kann, was Voraussetzung für legalisierte Kontingente ist? Oder soll man aufgeben und die Grenze Griechenlands zu Mazedonien und Bulgarien mit allen Folgen schließen? Europäer wählten den ersten Weg, gaben auch der Nato den Außenschutz auf. Doch das Problem beginnt erst innen doppelt: Europol-Direktor Rob Wainwright warnt, bis 5.000 europäische Jihadis kehrten heim, um Anschläge mit hohen Zivilverlusten auszuführen. Die Kehrseite: eine wahrhaft grundgesetzliche [Integration](#) zu realisieren, mit der doch alles steht oder fällt, mehr als Asylanten laut [Merkel](#) schnellstmöglich in Lohn und Brot im Handwerk zu sehen.

## **Eurokollisionen**

Menschen mit diversen Kulturen, Werten und Ideologien **kollidieren** hierbei. Zum einen ist es dieses Europa mit Religions- und Weltkriegen samt Genoziden, das eintausend Jahre bis zu Nationen mit Rechtsstaaten und Demokratien brauchte. Zum anderen ist es Mittelost, das 7.000 Jahre an Siedlungen, Hochkulturen und Imperien sah und bald so schwach geriet, dass es formelle und informelle euro-amerikanische Imperien erlebte, von dort seit dem 19. Jahrhundert liberale, rechts- und linksextreme Modelle ausprobierte und oft scheiterte.

Selbst einige "reine Rückkehrmodelle" der sunnitischen und schiitischen "**Islamstaaten**" versagen offenkundig, den Völkern samt ihren Minoritäten glücklich offene Ordnungen zu sichern. Durch Migration in der Globalära leben sie plötzlich in Massen mit- und nebeneinander im "fremden" Europa. Mittelost sah zwei Ausnahmen: nach 1924 die Türkei unter dem Antiislamisten Mustafa Kemal und 1948 Israel unter Ben Gurion. Während Säkulares am Bosphorus in Frage steht, verteidigt sich Israels Demokratie alltäglich gegen Islamisten.

Sein Nachbar Ägypten erweckt bittersüße Hoffnungen, seit er Mitte 2013 Muslimbrüder entmachtet hat. Mithin gibt es eine wachsende Sicherheitskooperation auf **Sinai** und wieder beiderseitig Botschafter. Erstmals bergen ägyptische Schulbücher das Friedensabkommen von 1979, darin Formeln wie "Ende des Kriegszustands" und "gegenseitige Achtung von Souveränität und Unabhängigkeit". Ein kleiner Schritt in einer Reform, die 1.300 ähnliche Bücher betrifft. Den breiteren Durchbruch verhindern alte Denkweisen im Nilstaat, dessen Führer sich einst den Nazis öffneten und der dann jüdische Gemeinden nach 1945 vertrieb.

In Deutschland sieht es dazu nicht mehr gut aus. Voriges Jahr verließen 200 von 100.500 Juden das Land nach Israel. Josef Schuster vom Zentralrat der Juden verwies auf steigende Angriffe auch durch Jugendliche im Migrantstrom aus Mittelost, wo der Judenhass ein Gemeinplatz sei. Der Sprecher der Hamburger jüdischen Gemeinde mit 2.500 Mitgliedern Daniel Killy beklagte, hier nicht mehr länger sicher zu sein, einen Verfall von Staatsmacht, Exzesse von rechts außen und die entsetzliche Angst, den **Islamismus** namhaft zu machen.

## **Wertgemeinschaft**

Vor der Presse betonte Angela Merkel, dass Israel heute die Wirkungen islamistischer Kräfte wie des "Islamstaats" dauerhaft verspüre. Israel als Demokratie in einer Umgebung vieler radikalisierte Kräfte sei darum bemüht, seine Sicherheit zu bewahren, und trage so auch zur deutschen Sicherheit bei, sagte sie nach den sechsten jährlich deutsch-israelischen Konsultation am 16. Februar in Berlin. Im Gegenzug sprach Premier Netanjahu von einer einzigartigen Beziehung beider Nationen und von Versuchen, den islamistischen Terror zu begrenzen. Im Herzen Mittelosts verteidige Israel also gleichwohl die gemeinsamen Werte.

Mit den Migrantenströmen fällt der **Kanzlerin** eine Sonderverantwortung zu. Sie betont, den **Kurs**, den *sie* einschlug. Dies heißt, dass sie dringend Klarheiten besorgen kann. Wird unter Israels Nachbarn der Holocaust bestritten oder laufen Cartoon-Wettbewerbe, so mag **Berlin** entschiedener auftreten. Dies gilt vor allem in Teheran. Maßgebend erklärte Merkel, trotz differierender Bewertung des Nuklearpakts meine Berlin, normale, freundschaftliche Beziehungen zum Iran könne es nicht geben, solange Teheran Israels Existenzrecht nicht anerkenne. Schließlich, so darf man hier ergänzen, wäre es für sie auch geboten, nicht nur Rechtspopulismus anzugehen, sondern gleichwohl die neuen Achsen zwischen rechts und links außen mit Islamisten, die Europa erfassen.

Wolfgang G. Schwanitz